

Nachrichten aus Brüssel

Konsultation zur IKT-Normierung

Parallel zum klassischen Binnenmarkt für Güter und Dienstleistungen will die Europäische Union den digitalen Binnenmarkt in Europa ausbauen. Bereits im Mai hat die Europäische Kommission dazu eine eigene Strategie vorgelegt. Ziel des Kommissionsplans ist es, regulierungsbedingte Barrieren zu beseitigen und die 28 nationalen Märkte zu einem einzigen Markt zusammenzuführen. Er soll mit geschätzten 415 Milliarden Euro zur Wirtschaftsleistung in der EU beitragen und neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Um mehr über die Haltung der Öffentlichkeit zu erfahren, hat die EU-Kommission Ende September eine Konsultation über den digitalen Binnenmarkt gestartet. Im Fokus steht dabei unter anderem die verstärkte Normierung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als technische Grundlage des digitalen Binnenmarkts. So will die Kommission insbesondere Prioritäten für die IKT-Normierung festlegen, um eine möglichst weitreichende Interoperabilität der Dienste zu ermöglichen. Zu den Gebieten, die die EU-Kommission im Blick hat, gehören neben dem Cloud-Computing, der Sicherheit im Internet und der intelligenten Energienutzung vor allem die elektronischen Gesundheitsdienste (E-Health). Letztere sollen – nicht zuletzt aus Effizienzgründen – ausgebaut werden.

„Frontalangriff auf Freie Berufe“

Die EU-Binnenmarktkommissarin Elżbieta Bieńkowska hat Ende Oktober in Brüssel unter der Überschrift „Den Binnenmarkt weiter ausbauen: mehr Chancen für Menschen und Unternehmen“ die neue Binnenmarktstrategie der Europäischen Kommission vorgestellt. Die Weiterentwicklung und Vertiefung des europäischen Binnenmarkts ist einer der politischen Schwerpunkte der amtierenden Juncker-Kommission. Zu diesem Zweck will die EU-Kommission in den kommenden Monaten 22 Initiativen auf den Weg bringen, um auf diese Weise das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Zu den angekündigten Maßnahmen gehören unter

anderem eine verstärkte Normierung von Dienstleistungen, ein verbessertes Vergaberecht, die Stärkung der Verbraucherrechte, ein Mehrwertsteueraktionsplan und Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie neu gegründete Firmen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Binnenmarktstrategie sind die Freien Berufe. Unter Verweis auf verschiedene Studien schlägt die Brüsseler Behörde den verstärkten Abbau berufsrechtlicher Regulierung vor. Dies würde nach Ansicht der Kommission zu mehr Arbeitsplätzen und niedrigeren Preisen für die Verbraucher führen. Auf dem Prüfstand stehen vor allem die Bestimmungen zur Fremdkapitalbeteiligung, interprofessionellen Zusammenarbeit und zu Rechtsformerfordernissen. Die Bundeszahnärztekammer kritisierte den Vorstoß als Frontalangriff auf deutsche Berufs- und Qualitätsstandards, der gerade in sensiblen Bereichen wie den Heilberufen negative Folgen haben könnte. Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, warnte davor, dass der Abbau berufsrechtlicher Regulierung massive Auswirkungen auf die Qualität freiberuflicher Leistungen haben könnte und am Ende die Patienten, Verbraucher und Klienten die Zeche zahlen müssten.

Mehr EU-Forschungsmittel

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ Mitte Oktober das entsprechende Arbeitsprogramm für die kommenden beiden Jahre vorgestellt. Das Arbeitsprogramm legt die Einzelheiten der europäischen Forschungsförderung fest. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehört dabei die Gesundheitsforschung. In den Jahren 2016 und 2017 sollen knapp 16 Milliarden Euro für Projekte rund um die Themen gesundes Altern und personalisierte Gesundheitsfürsorge zur Verfügung gestellt werden. Damit will die EU einen Beitrag leisten, um die Folgen der alternden Gesellschaften in Europa abzufedern. Mit dem Programm „Horizon 2020“ gibt die EU im Zeitraum von 2014 bis 2020 insgesamt mehr als 70 Milliarden Euro für die Forschungsförderung aus.